

**Gesperrt bis zum Beginn -
Es gilt das gesprochene Wort!**

Tätigkeitsbericht

**Rede von Ulla Schmidt, MdB
und Bundesministerin a.D.,
Bundesvorsitzende**

Mitgliederversammlung der BV LH

**14. November 2025
Beginn der Rede: 10.30 Uhr**

Redezeit: knapp 30 Minuten

Liebe Mitglieder der Bundesvereinigung Lebenshilfe,
Liebe Mitglieder des Bundesvorstands und der Bundeskammer,
Liebe Mitglieder des Rates der Eltern und Angehörigen und des
Rates behinderter Menschen,
liebe Mitarbeitende der Bundesgeschäftsstellen,
Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Gäste,

**hiermit eröffne ich die 29. ordentliche
Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung Lebenshilfe
und begrüße Sie alle sehr herzlich.**

Oft werde ich gefragt, was an der Lebenshilfe besonders ist und was sie auszeichnet:

Für mich ist es das gemeinsame Engagement von Eltern und Geschwistern, Selbstvertreterinnen und Selbstvertretern sowie Fachleuten und engagierten Bürgern.

Zur Zeit unserer Gründung war ein solches Engagement für Kinder mit Behinderung nicht selbstverständlich, dennoch gründeten Eltern in ganz Deutschland an unzähligen Orten ihren Lebenshilfe-Verein! Und setzten damit die erste Bürgerbewegung in Gang.

Auch in diesen Zeiten der Krisen und Umbrüche stellen sich viele die Frage: In welchem Land wollen wir eigentlich leben, wie soll es gestaltet sein, was hält unser Land zusammen?

Für die Lebenshilfe war die Antwort immer klar. Sie tritt von Anfang an dafür ein, dass alle Menschen dazugehören. Und dass alle die gleichen Chancen haben, ihre Fähigkeiten zu entwickeln, denn „Es ist normal, verschieden zu sein!“

Alt Bundespräsident von Weizsäcker hat dieses Motto der Lebenshilfe geprägt: Es steht für Vielfalt, Respekt und klare Worte.

Gerade in diesen Zeiten scheint es jedoch normal zu werden, andere auszugrenzen. Dabei sind heute Äußerungen an der Tagesordnung, die früher kaum denkbar waren.

Das macht uns Sorgen, denn wir alle, besonders aber Menschen mit Behinderung sind auf Offenheit, Solidarität und Respekt angewiesen.

Dazu hat Angela Merkel gesagt: „Achtet auf die Sprache, denn die Sprache ist die Vorform des Handelns. Wenn die Sprache einmal auf die schiefe Bahn gekommen ist, kommt auch sehr schnell das Handeln auf die schiefe Bahn.“

Gerade jetzt braucht es deshalb Organisationen wie die Lebenshilfe – mit Haltung, mit Erfahrung, mit Mut.

Inklusion trifft die AfD im Mark, und deshalb ist das die Grundlage unserer Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Strömungen.

Besonders dann, wenn mit extremer Sprache Menschen ausgegrenzt und diskriminiert werden und das Soziale unter Generalverdacht gestellt wird -denn wir stehen für das Soziale.

Hierbei gab es einen langen Weg von der Fürsorge zur Teilhabe, hin zu einer Begegnung und einem Miteinander auf Augenhöhe.

Ein wichtiger Motor auf diesem Weg sind die Eltern und Geschwister und vor allem die Selbstvertreter, die heute selbstbewusst für ihre Interessen und Rechte einstehen.

Sie gehören in die Mitte unserer Gesellschaft – und in die Mitte unserer Organisationen.

Darum sehen wir heute Nachmittag gute Beispiele aus dem Masterplan.

Schon jetzt begegnen mir auch auf Ortsebene immer mehr starke Selbstvertreterinnen und Selbstvertreter – toll, dass es mit der Stärkung so gut klappt! So kann und soll es weiter gehen. Deshalb nehmen wir auch ernst, was Selbstvertreterinnen und Selbstvertreter sagen: Die Bezeichnung geistige Behinderung wertet ab, verletzt und grenzt aus.

Darum stellen Bundesvorstand und Bundeskammer den Antrag, in der Lebenshilfe zukünftig von Menschen mit Unterstützungsbedarf zu sprechen. Und von Menschen mit Unterstützungsbedarf und kognitiver Beeinträchtigung, wenn es genauer sein soll.

Auf Bundesebene gibt es seit 25 Jahren Selbstvertreter im Vorstand, fast 25 Jahre den Lebenshilfe-Rat Damit ist heute, 67

Jahre nach der Gründung, klar: Teilhabe bedeutet nicht nur dabei sein – sondern mitgestalten, mitentscheiden, mitverantworten. Und dafür möchte ich allen Aktiven danken, besonders Achim Wegmer als erster Selbstvertreter im Bundesvorstand, Peter Benzenhöfer als erstem Landesvorsitzenden, Ramona Günther als Vertreterin des Rates im Bundesvorstand und auch Claudia Franke als Vorsitzende des Rates.

Seit unserer Gründung haben Eltern und Geschwister als ehrenamtlich Aktive ihren festen Platz und sind das Herz und die Hand der Lebenshilfe.

Auch hier stärken wir den Austausch und den gemeinsamen Einsatz: Der Rat der Eltern und Angehörigen plant hierfür ein bundesweites Vernetzungs-Treffen im nächsten Jahr! Ich freue mich schon auf die neuen Impulse für unsere Arbeit, die davon ausgehen.

Bei meinen Besuchen vor Ort, allein in diesem Jahr war ich schon bei 13 Lebenshilfen in 8 Bundesländern sehe ich im ganzen Land die großartige und vielfältige Arbeit der Lebenshilfen vor Ort!

Das macht mich immer wieder ein bisschen stolz – was eine Selbsthilfevereinigung, eine der ersten Bürgerbewegungen in der Unterstützung von Menschen mit Beeinträchtigung und ihren Familien alles erreicht hat. Sie haben mit Ihren Angeboten einen festen Platz vor Ort und prägen das Zusammenleben.

Diese tolle Arbeit vor Ort war im November und Dezember 2023 in zahlreichen Radio- und Fernsehbeiträgen des NDR zu bewundern: Wir wurden 2023 als Partner für die große Spendenaktion Hand in Hand für Norddeutschland ausgewählt. Dazu gehört die umfassende Berichterstattung über die Arbeit der Partnerorganisation im Vorfeld. Und die Lebenshilfen vor Ort konnten die Fernsehleute begeistern, sie gingen ganz inspiriert und mit tollen Beiträgen, in den Menschen mit Beeinträchtigung selbst zu Wort kamen – denn das war uns wichtig: Es sollten Berichte auf Augenhöhe werden. Wir sind sehr dankbar, dass

dies den Medienleuten des NDR in bewundernswerter Weise gelungen ist.

Und auch der Erlös war gewaltig: Damit wurden koordiniert von der Bundesvereinigung insgesamt 4,225 Millionen Euro an Spenden eingesammelt, die direkt an die Lebenshilfen im Norden gegangen sind, Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen. Dort wurden Projekte und Initiativen gefördert, die direkt Menschen mit Beeinträchtigung zugute kommen.

Die gute Arbeit vor Ort entsteht im Zusammenwirken von Fachleuten und Mitarbeitenden mit Eltern, Geschwistern und Selbstvertretern – und ist genau deshalb oft besonders innovativ und bedarfsgerecht.

Dabei wissen wir wie schwierig es in diesen Zeiten sein kann: Für Mitarbeitende, weil Arbeits- und Fachkräfte fehlen und sie deshalb oft nicht die Unterstützung leisten können, die nötig wäre und die sie leisten wollen.

Für die Verantwortlichen vor Ort, weil die Rahmenbedingungen für die Gewährung von Leistungen und Leistungsvereinbarungen schwieriger werden.

Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt gemeinsam mit anderen Verbänden für die Unterstützung von Menschen mit Behinderung einstehen.

Es ist entscheidend, dass wir als Lebenshilfe unsere Stimme erheben: Um dafür zu sorgen, dass Menschen mit Behinderung verlässlich die Unterstützung bekommen, die sie so dringend brauchen.

Dazu gehören unzählige Gespräche vor und hinter den Kulissen, dazu gehören Stellungnahmen, Positionspapiere und Briefe, dazu gehören Öffentlichkeitsarbeit und die Verbindung mit anderen – dazu gehört, nicht eher aufzuhören, bis wir am Ziel sind und etwas mit und für Menschen mit Beeinträchtigung erreicht haben.

Seit vielen Jahren setzen wir uns für die Anerkennung der Opfer der T4 Aktion als Verfolgte des Naziregimes ein. Hierzu hat der deutsche Bundestag überfraktionell am 29. Januar diesen Jahres einen Antrag beschlossen, der neben der Anerkennung als

Verfolgte auch eine Stärkung der Erinnerungsarbeit vorsieht. Wir haben uns als Lebenshilfe dafür stark gemacht, dass dieser Antrag nun endlich im Gedenkstättenkonzept umgesetzt werden muss. Nun hat vor einigen Tagen Kulturstaatsminister Weimer die neue Gedenkstättenkonzeption herausgegeben.

Und wir sind sehr froh, dass auch mit der Unterstützung des Bundestages die Gleichstellung der T4 Opfer mit anderen Opfergruppen nun stattfindet und sich diese Anerkennung in der Erinnerungsarbeit und Förderung von Gedenkstätten zukünftig wieder findet. Es wird auch darauf hingewiesen, dass diese Gleichstellung bisher unterblieben ist und sich das auch in der verzögerten Erinnerungsarbeit und Förderung von Gedenkstätten niedergeschlagen hat. Auch findet Erwähnung, dass sich die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung bis in die heutige Zeit zieht.

Diese Anerkennung ist nicht nur in der Erinnerungskultur ein wichtiger Schritt, sie verweist auch auf die überfällige Gleichstellung von Menschen mit und ohne Behinderung im gesellschaftlichen Leben. Damit knüpft dies unmittelbar am Ziel der Lebenshilfe an.

Hier zeigt sich nicht nur, wie stark die solidarische Gemeinschaft der Lebenshilfe sein kann, sondern auch sein muss.

Die kommenden Jahre werden neue Fragen aufwerfen: Wie gestalten wir Inklusion in einer sich wandelnden Gesellschaft? Wie sichern wir Teilhabe in Zeiten ökonomischer Krisen? Und wie bleiben wir als Verband offen, lernend und mutig? Die Antwort liegt in unserem gemein-samen Engagement als Lebenshilfe, mit Eltern, Geschwistern, Selbstver-treterinnen und Selbstvertretern, mit engagierten Bürgern und Freiwilligen, mit Fachleuten und Mitarbeitenden.

Daher freue ich mich auf die Präsentation des Lebenshilfe Team Zukunft – es schlägt einen gemeinsamen Prozess zur

Verbandsentwicklung vor. Seien Sie dabei und engagieren sich für unsere gemeinsame Sache!

Anrede,

die Teilhabe von Menschen mit Unterstützungsbedarf wird in Deutschland seit über 60 Jahren über Eingliederungshilfe sichergestellt. Ohne diese meist kommunale Leistung könnten wir die allermeisten unserer Angebote nicht machen. Seien es ambulante Dienste, besondere Wohnformen, Werkstätten oder auch Freizeitassistenz, Schulbegleitung und vieles mehr: Alles steht und fällt mit der Eingliederungshilfe.

Gerade deshalb besorgt es uns so sehr, wenn angesichts verschiedener staatlicher Herausforderungen die Finanzierung der Eingliederungshilfe in Frage gestellt wird.

Wir können nicht akzeptieren, dass Leistungsträger davon reden, „liebge-wonnene Leistungen“ müssten über-dacht werden oder sogar der Bundes-kanzler sagt „die Kostensteigerungen in der Eingliederungshilfe seien nicht akzeptabel“.

Derlei Äußerungen sind fatal. Sie geben den Trägern der Eingliederungshilfe die moralische Legitimation dafür zu sparen.

Ohne gesetzliche Änderungen, einfach bei der Bedarfsfeststellung oder bei der Vereinbarung von erforderlichen Leistungen zu kürzen und so ganz unmittelbar Menschen mit Behinderungen in ihrer Teilhabe zu beschneiden.

Das kann und darf nicht sein. Auch wenn Eingliederungshilfe eine staat-liche Leistung ist, die Einiges kostet, weil es um individuelle Unterstützung durch qualifiziertes Personal geht.

Eingliederungshilfe ist unverzichtbar, um die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu erreichen.

Und Teilhabe ist ein Menschenrecht, denn Deutschland hat sich zur Umsetzung der UN-Behinderten-rechtskonvention verpflichtet. Das Recht auf Teilhabe gehört zu unserem Sozialstaat, wie das Recht auf Gesundheit oder das Recht auf Wohnraum. Wir werden uns gegen jeden Versuch stellen, Rechtsansprüche zurückzufahren.

Deshalb machen wir im nächsten Jahr die Kampagne Teilhabe ist Menschenrecht – die Schilder dazu finden Sie auf Ihrem Tisch. Damit wollen wir nachher ein Foto machen, mit Bundesministerin Bärbel Bas.

Denn für unsere Arbeit brauchen wir starke Partner, die uns dabei unterstützen – und so bin ich besonders froh, dass Bundessozialministerin Bärbel Bas heute zu uns kommt.

Ich bin mir ganz sicher, dass sie die zähen Umsetzungsprozesse und Verhandlungen des BTG bundesweit genauso leid ist, wie wir. Eingliederungshilfeträger müssen ihrem Sicherstellungsauftrag nachkommen.

Das heißt auch, dass sie notwendige Angebote dauerhaft und ausreichend refinanzieren und wo erforderlich auch neue Angebote aufnehmen.

Mit dem Bundesteilhabegesetz konnten wir die Eingliederungshilfe stärken: Die Anrechnung von Einkommen und Vermögen wurde reduziert, Assistenzleistungen gestärkt und mit ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatungsstellen die Beratung verbessert. Die Beratungsstellen werden nun sogar unbefristet finanziert. Das alles war sehr gut und wichtig. Vor allem hat das BTG einen Bewusstseinswandel geschaffen. Personenzentrierte Leistungen sind wichtig. Damit Jede und Jeder die Leistung bekommt, die er oder sie wirklich braucht und möchte. Darum geht es.

Doch die Umstellung der Praxis ist weiterhin eine große Herausforderung.

Dabei gehen die Kostensteigerungen vor allem auf Tarifsteigerungen, allgemeine Teuerungen und moderat steigende Fallzahlen zurück.

Gerade für Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen und hohem Unterstützungsbedarf fehlt es weiterhin an bedarfsgerechten Angeboten.

Dies hat eine Umfrage der Bundesvereinigung Lebenshilfe gezeigt.

Ich bin Theo Klauß sehr dankbar, dass er mit einer Gruppe von Eltern, Lebenshilfe-Leuten unterschiedlicher Ebenen und auch einem Selbstvertreter hierzu nach der letzten MV intensiv

gearbeitet hat. Unser Positionspapier mit Forderungen haben wir schon Anfang des Jahres veröffentlicht, morgen wird er uns eine Zusammenfassung vorstellen. Denn gerade Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen und hohem Unterstützungsbedarf verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit. Angebote für sie sind besonders aufwändig. Aber Lebenshilfe steht für Teilhabe für alle, deshalb dürfen wir den Aufwand nicht scheuen, sondern müssen uns gerade diesen Herausforderungen stellen. Für uns gibt es keine 2-Klassen-Inklusion.

Die gleichberechtigte Teilhabe für alle ist ein Ziel, das nur im gemeinsamen Handeln zu erreichen ist!

Daher wollen wir morgen eine Selbstverpflichtung für die Lebenshilfe beraten und verabschieden.

Anrede,
ein anderes Thema, was uns seit Jahren beschäftigt, ist die Teilhabe am Arbeitsleben.
Hier nur zwei Punkte, die mir besonders wichtig sind und die wir immerhin nun schon zum zweiten Mal in den Koalitionsvertrag gebracht haben. Jetzt müssen sie endlich kommen!
Erstens: Wir wollen, dass die Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt deutlich verbessert werden.
Ein Schritt dafür ist die Beibehaltung des Rentenanspruchs. Es ist unser Erfolg, dass heute viele Politiker nicht mehr vom „Rentenprivileg“ von WfbM-Beschäftigten sprechen, sondern die Durchschnittsrente nach 20 Jahren WfbM-Beschäftigung als gerechten „Nachteilsausgleich“ ansehen. Dieser Nachteilsausgleich muss auch denen zustehen, die mit ihrer Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sind. So steht es im Koalitionsvertrag und so sollte es nun auch endlich Gesetz werden. Das wäre gerecht.
Zweitens wollen wir, dass sich endlich beim Werkstatt-Entgelt etwas tut. Menschen mit Behinderungen arbeiten hart in der Werkstatt. Sie sollten für ihre Arbeit auch vernünftig bezahlt werden.

Am besten fänden wir es, Menschen mit Beeinträchtigung bekämen einen subventionierten Lohn, damit sie gar keine Grundsicherung mehr brauchen.

Zumindest sollten sie jedoch ihr jetziges Werkstattgeld nicht immer noch alle drei Monate beim Grundsicherungsamt angeben und Abzüge befürchten müssen.

Dieser Aufwand und diese Bürokratie sind für alle unnötige Zusatzarbeit und insbesondere für die Menschen mit Behinderung nicht tragbar.

Anrede,

dass es für Lebenshilfen immer schwerer wird, die eigenen Angebote und ihre Qualität aufrechtzuerhalten, liegt nicht nur an den mühsamen Verhandlungen mit den Eingliederungshilfeträgern, auch der fortwährende Personal- und Fachkräftemangel trägt dazu bei.

Daher kann ich nur noch einmal dafür werben, nutzen Sie unsere Kampagne „Lebenshilfe Momente“.

Auch wenn nicht alle Probleme mit diesen Instrumenten zu lösen sind, können sie Lebenshilfe als attraktiven Arbeitgeber bewerben.

Aber natürlich reicht ein Image nicht, um Arbeitskräfte zu gewinnen. Zuvordest braucht es gerechte Entlohnung. Daher stehen wir für die Refinanzierung von Tariflöhnen – auch wenn Tarifsteigerungen zu Kostensteigerungen bei der Eingliederungshilfe führen, wie auch in allen anderen Bereichen, in denen aus guten Gründen Tarife gezahlt wird.

Daher muss die Refinanzierung auch gesichert bleiben, wie im Gesetz festgelegt.

Bei alldem brauchen wir allerdings auch ein besseres Verständnis der Allgemeinheit dafür, was Eingliederungshilfe ist und wie notwendig sie ist.

Deshalb wollen wir mit Ihnen allen die Kampagne Teilhabe ist Menschenrecht machen – gerade auch um den Boden für eine politische Überzeugung zu bereiten: An Menschen mit Behinderung, an Eingliederungshilfe kann man nicht sparen.

Gemeinsam sind wir stark. Und das werden wir auch in Zukunft immer wieder brauchen, ich bin froh, dass wir uns auf diese starke Gemeinschaft verlassen können.

Unsere gelingende Zusammenarbeit über alle Ebenen ist die Grundlage für unseren Erfolg!

Unzählige ehrenamtlich Engagierte und zahlreiche Hauptamtliche, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso wie Verantwortliche sind in der Lebenshilfe aktiv – dafür möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Ihnen allen bedanken! Auch möchte ich all denen herzlich danken, die sich in Gremien mit Fachkenntnis und Engagement beteiligen – den Mitgliedern der Bundeskammer unter Führung von Ludger Gröting, den Mitgliedern vom Rat behinderter Menschen und dem Rat der Eltern und Angehörigen ebenso wie denen, die in den Beirat der Leistungserbringer, den Beirat Wissenschaft und Praxis sowie weitere Arbeitsgruppen berufen sind:

Vielen Dank für Ihren Einsatz, vielen Dank für Ihre wertvolle Arbeit!

Bei all meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen möchte ich mich ganz herzlich bedanken – Ihr verkörpert so viel Kompetenz und persönliche Erfahrung, mit der Ihr die Arbeit im Bundesvorstand bereichert und so angenehm macht. Herzlichen Dank dafür!

Nicht zuletzt möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstellen um Jeanne Nicklas-Faust Dank sagen für ihre engagierte und fachlich kompetente Arbeit für die Lebenshilfe, für Menschen mit Behinderung und ihre Familien.

Lassen sie uns auch in Zukunft gemeinsam dafür kämpfen, dass in unserem Land Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung und ihre Familien die Unterstützung bekommen, die sie brauchen!

Nehmen wir uns ein Beispiel am Pioniergeist unserer Gründungs-väter und Gründungsmütter:

Wenn der Wind uns ins Gesicht bläst, halten wir umso stärker dagegen.

Wir lassen uns nicht aus der Mitte der Gesellschaft vertreiben, sondern wir kämpfen umso mehr für eine inklusive und demokratische Gesellschaft.